

## GesamtschülerInnenvertretung Bremen

An die Medien  
mit der Bitte um Veröffentlichung

### Presseerklärung

Rund 8000 Menschen demonstrierten in Bremen, über 1000 in Bremerhaven

Dem Aufruf zu einem Protesttag gegen den Abbau von Mitbestimmung, Studiengebühren, Sozialkahlschlag und Zersparpolitik sind heute allein in Bremen über 7000 Menschen gefolgt. Aus allen Himmelsrichtungen liefen einzelne Demonstrationzüge zum Marktplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Neben den üblichen Redebeiträgen spielten auch mehrer SchülerInnenbands. Die DemonstrationsteilnehmerInnen waren sehr gemischt. Nicht nur viele SchülerInnen, sondern auch LehrerInnen, Eltern, ErzieherInnen und viele andere protestierten in der Innenstadt. Die Studierenden hatten ab 7 Uhr heute morgen das Rektorat blockiert und so den Uni-Verwaltungsbetrieb bis zum Mittag lahm gelegt. Später schlossen sie sich ebenfalls den Demonstrationzügen zum Marktplatz an.

„Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Es ist endlich gelungen, die Proteste gegen die Senatspolitik zu vernetzen und über die Grenzen der Teilbereiche hinaus aktiv zu werden. Nur so können wir sinnvollen Widerstand gegen Ab- und Umbau organisieren. Ich hoffe das heute nicht das letzte mal ist, dass ein derart breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen aktiv wird“, so Lea Voigt, Mitglied im GSV-Vorstand.

„Wir wollen als Jugendliche selbst bestimmen, was und unter welchen Bedingungen wir lernen. Wir wollen Kulturangebote nutzen und selbst machen – und zwar so wie es uns passt. Wir wollen offene Räume statt Eintritt zahlen. Und wir wollen keine Angst vor einem Leben am Existenzminimum haben. Für ein schönes Leben sind wir auch bereit, Protest und Widerstand zu organisieren. Nicht nur heute, sondern, wenn es sein muss, auch in Zukunft“, sagte Moritz Wilke, ebenfalls Mitglied im GSV-Vorstand, in seiner Rede auf dem Marktplatz.

Die Demo war von den ASten der Uni und der Hochschule, der GEW, dem Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau, dem Gesamtelternbeirat der städtischen KiTa und dem SchülerInnenbündnis „Resist!“ initiiert worden. In dem gemeinsamen Aufruf heißt es: „Die Politik der großen Koalition bietet den Menschen in Bremen keine Perspektive. Die Umverteilung von unten nach oben und die Haushaltskürzungen müssen ein Ende haben. Gemeinsamer Widerstand aller Betroffenen ist nötig! Keine Stellenstreichungen und Privatisierungen! Für eine kostenfreie Bildung von der KiTa bis zu Hochschule! Gegen Arbeitszeitverlängerungen und Gehaltsabbau! Für sozialversicherte Beschäftigung statt 1-€-Jobs! Gegen das neue Schulverwaltungsgesetz – für mehr Mitbestimmung!“